Angela Merkel und Frankreich

Jean-Samuel Marx

Édition électronique

URL : <https://journals.openedition.org/allemande/2368>

DOI : 10.4000/allemande.2368

ISSN : 2605-7913

Éditeur

Société d'études allemandes

Édition imprimée

Date de publication : 1 juillet 2020

Pagination : 225-242

ISSN : 0035-0974

Référence électronique

Jean-Samuel Marx, „Angela Merkel und Frankreich“, *Revue d'Allemagne et des pays de langue allemande* [Online], 52-1 | 2020, Online erschienen am: 06 Juli 2021, abgerufen am 18 Februar 2022. URL: <http://journals.openedition.org/allemande/2368> ; DOI: <https://doi.org/10.4000/allemande.2368>

Angela Merkel und Frankreich

■ Jean-Samuel Marx*

Einleitung

An Frankreich führt kein Weg vorbei. Diese Erfahrung mussten alle deutschen Kanzler machen. Während Helmut Kohl durch seine pfälzische Herkunft von jeher eine Verbindung zu Frankreich hatte und, geprägt durch die Erfahrung des Krieges, ein leidenschaftlicher Verfechter der deutsch-französischen Freundschaft war, fremdelte Gerhard Schröder lange mit Frankreich und suchte zu Beginn seiner Amtszeit die Nähe zu Großbritannien. Die Alternativlosigkeit einer engen deutsch-französischen Zusammenarbeit wurde jedoch auch ihm schnell bewusst und nach einer ersten, konfliktreichen Phase entwickelte sich gar eine politisch wie auch persönlich gute und enge Beziehung zwischen Jacques Chirac und ihm.

Im Herbst 2005 wurde mit Angela Merkel eine Politikerin zur Kanzlerin gewählt, die in der DDR aufgewachsen und sozialisiert worden ist. Frankreich und die deutsch-französische Freundschaft hatten nicht zu ihrem Alltag gehört. Zudem stellte ihre Wahl einen weiteren Schritt im Generationenwechsel an der deutschen Staatsspitze dar: Angela Merkel, Jahrgang 1954, war die erste in der Nachkriegszeit geborene Kanzlerin. Interessant ist, wie sich all dies auf ihre Politik auswirkte: Wie steht sie als Kanzlerin zu Frankreich? Wodurch kennzeichnet sich ihr Frankreichbild? Wie stellt sie sich die deutsch-französische Beziehung und ihre Rolle vor? Welche Veränderungen lassen sich im Laufe ihrer Kanzlerschaft beobachten?

Angela Merkel und die Bilanz des Tandems Schröder/Chirac

In ihrer ersten Regierungserklärung im November 2005 erwähnte Angela Merkel Frankreich mit keinem Wort. Dass sie sich mit den deutsch-französischen Beziehungen offensichtlich schwer tat, hing zunächst mit ihrer Bewertung der europa- und außenpolitischen Bilanz ihres Vorgängers und des Tandems Schröder/Chirac zusammen.

* Promovierter Historiker, Dozent im Institut für Übersetzen und Dolmetschen, Universität Heidelberg.

Der Hauptkritikpunkt Angela Merkels betraf die Haltung Deutschlands und Frankreichs im Irakkonflikt 2002/2003. Beide Länder hatten sich dem Kurs der USA widersetzt, die entschlossen gewesen waren, militärisch zu intervenieren – auch ohne UNO-Mandat und ohne das Ergebnis der UN-Inspektionen abzuwarten. Angela Merkel, zu jenem Zeitpunkt CDU-Vorsitzende, hatte sich zwar nicht für einen Krieg ausgesprochen, hatte ihn als „letztes Mittel“ und als „Drohkulisse“ jedoch nicht ausschließen wollen⁽¹⁾ und Gerhard Schröder vorgeworfen, mit seiner Haltung „die transatlantische Partnerschaft gegen die deutsch-französische Freundschaft ausgespielt“⁽²⁾ und sich nicht um eine gemeinsame europäische Position bemüht zu haben⁽³⁾. Zwar konnte es Angela Merkel nur begrüßen, dass Jacques Chirac seinerseits eine militärische Intervention als letztes Mittel nicht gänzlich ausgeschlossen hatte. Sie verurteilte jedoch seine Kritik an den osteuropäischen Ländern, die sich der von den USA geführten „Koalition der Willigen“ angeschlossen hatten⁽⁴⁾. Gerade als Ostdeutsche konnte sie darin nur die dem Westen oft vorgeworfene Arroganz sehen, die auch die Menschen in den neuen Bundesländern zu spüren bekamen – auch wenn sich für Jacques Chiracs Ansicht in der Sache durchaus Argumente finden lassen.

Etwa zeitgleich zum Irakkonflikt entbrannte innerhalb der EU eine Debatte über den Stabilitätspakt, der im Zuge des Maastricht-Vertrages beschlossen worden war, um die Staaten der Wirtschafts- und Währungsunion zur Haushaltsdisziplin zu verpflichten. Als im Herbst 2002 deutlich geworden war, dass sowohl Deutschland als auch Frankreich aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Lage die Schuldengrenzen überschreiten würden, hatten sie in den folgenden zweieinhalb Jahren eine flexiblere Auslegung des Stabilitätspaktes durchgesetzt. Diese Entscheidung hatte Angela Merkel angesichts ihrer Folgen für Deutschland und Europa für falsch gehalten. Jacques Chirac hatte sie dabei nicht explizit erwähnt, ihre Kritik hatte sich ganz auf Gerhard Schröder fokussiert⁽⁵⁾.

Auch bei einem weiteren europapolitischen Thema hatte Angela Merkel eine grundlegend andere Position als das Tandem Schröder/Chirac vertreten: bei der Frage eines EU-Beitritts der Türkei. Diesen lehnte sie angesichts der politischen Lage des Landes und der Auswirkungen eines Beitritts auf die Handlungsfähigkeit der EU ab⁽⁶⁾. Was Frankreich betrifft, so nahm sie durchaus wahr, dass Jacques Chirac mit seiner Haltung isoliert war – in der Bevölkerung und sogar in seiner eigenen Partei.

Als im Frühjahr 2005 der Wahlkampf begann, waren diese Themen nach wie vor aktuell. Die CDU-Kandidatin war darum bemüht, sich von Gerhard Schröder abzugrenzen und kündigte auch in der Außen- und Europapolitik eine Kurskorrektur an. Davon sollte auch die deutsch-französische Zusammenarbeit nicht verschont bleiben,

1 Angela MERKEL, *Die Welt*, 21.02.2003.

2 Angela MERKEL, Rede, 13.02.2003, 1880 D-1881 C.

3 Angela MERKEL, *Mein Weg – Angela Merkel im Gespräch mit Hugo Müller-Vogg*, Hamburg, Hoffmann und Campe, 2004, S. 206-207.

4 Angela MERKEL, Rede, 13.02.2003, 1881 A und A. MERKEL, *Die Welt*, 21.02.2003.

5 Angela MERKEL, Rede, 19.12.2002, 1188 D und A. MERKEL, Rede, 26.11.2003, 6725 A-B.

6 Angela MERKEL, Rede, 19.12.2002, 1189 B-1191 B.

die ihrer Ansicht nach zu oft „zu Lasten anderer Länder“ gegangen sei⁽⁷⁾. Erschwerend kam hinzu, dass die EU durch das Scheitern des Verfassungsprojektes im Mai 2005 in eine schwere institutionelle Krise gestürzt war – ausgerechnet durch das „Nein“ der Niederlande und vor allem Frankreichs bei einer Volksabstimmung. Angela Merkel war bewusst, dass angesichts der französischen Innenpolitik erstmal nicht mit einem Durchbruch zu rechnen sei: Jacques Chirac, der seit über 10 Jahren im Amt war, befand sich am Ende seiner politischen Laufbahn.

Angela Merkels Bild der deutsch-französischen Beziehungen

Um die deutsch-französischen Beziehungen unter der Kanzlerschaft Angela Merkels zu verstehen, muss neben dem politischen Kontext ein Blick auf den Einfluss ihrer Sozialisation in der DDR und auf ihr Bild der deutsch-französischen Freundschaft geworfen werden.

Ein distanziertes Verhältnis zu Frankreich und zur deutsch-französischen Freundschaft

Die Rolle der ostdeutschen Herkunft Angela Merkels auf ihr Verhältnis zu Frankreich sollte nicht unterschätzt werden. Am schwersten wiegt die Tatsache, dass sie während ihres Lebens in der DDR keinen persönlichen Bezug zu dem Land aufbauen konnte. In einem Interview erklärte sie 2009 dazu: „Ich bin nach dem Zweiten Weltkrieg geboren und in der DDR aufgewachsen, da ist Frankreich immer ein fernes Land gewesen, in das man reisen wollte und nicht konnte“⁽⁸⁾. Auch den „Weg der Aussöhnung und Freundschaft bis 1989“ konnte sie folglich, wie sie ein paar Jahre später sagte, „nur aus einer erzwungenen Ferne verfolgen“⁽⁹⁾. Ihre ersten Erfahrungen mit den deutsch-französischen Beziehungen machte Angela Merkel erst als Ministerin in den 1990er Jahren. Doch wie sieht es mit ihrem Interesse an Frankreich aus? In *Die Zeit* erzählte sie 2009: „Ich wollte Paris kennenlernen, die Sprache. Ich hatte mal den Versuch gemacht, Französisch zu lernen. Dann floh meine Französischlehrerin nach Kanada und heiratete einen Kanadier, die Sache war wieder zu Ende, und ich habe mich nicht wieder aufgerafft.“ Jahre später sagte sie, dass sie das „permanent bedauere“⁽¹⁰⁾. Doch fasziniert und angezogen war Angela Merkel nicht von Frankreich, sondern von einem anderen Land: den Vereinigten Staaten von Amerika.

Die USA symbolisierten für die junge Angela Merkel Freiheit und Demokratie und, wie ihr Biograph Gerd Langguth feststellte, sah sie in ihnen das Gegenbild zum sozialistischen System der DDR. Eine wichtige Rolle spielt für dieses positive Bild darüber hinaus das entscheidende Engagement der USA für die deutsche Wiedervereinigung⁽¹¹⁾. Gleiches kann von Frankreich nicht behauptet werden: Auch wenn es falsch wäre, François Mitterrand als Gegner der Einheit zu bezeichnen, so hatte er zumindest zögerlich und zurückhaltend agiert.

7 Angela MERKEL, *Spiegel*-Gespräch, 25.07.2005.

8 Angela MERKEL, Interview, *Die Zeit*, 19.11.2009.

9 Angela MERKEL, Rede, 08.07.2012.

10 Angela MERKEL, Interview, *Die Zeit*, 19.11.2009 und A. MERKEL, Rede, 10.10.2017.

11 Gerd LANGGUTH, *Angela Merkel*, München, dtv, 2005, S. 316-317.

Durch ihre Herkunft kann Angela Merkel, schließlich, ein größeres Verständnis für die Belange und Befindlichkeiten der osteuropäischen Länder attestiert werden. So ist es kein Zufall, dass sie im Wahlkampf 2005 für einen anderen Umgang ihnen gegenüber plädierte, der nicht durch „Arroganz und Ignoranz“ gekennzeichnet sei⁽¹²⁾. Genau das warf sie dem Tandem Schröder/Chirac vor, auch über den Irakkonflikt hinaus.

Trotz alledem erklärt die Herkunft der neuen Kanzlerin nicht alles und darf daher auch nicht überinterpretiert werden: So gab es auch schon in den 1960er Jahren einen Streit zwischen den „Gaullisten“ und den „Atlantikern“ in der CDU/CSU; die Rolle Deutschlands als Mittler und Anwalt der kleinen Länder gehörte schon zu den außenpolitischen Grundsätzen Helmut Kohls; und auch Gerhard Schröder hatte vor seiner Kanzlerschaft keinen persönlichen Bezug zu Frankreich aufgebaut, obwohl es für ihn als Westdeutschen möglich gewesen wäre. Vergessen sollte man zudem den Faktor Zeit nicht: Mit dem wachsenden zeitlichen Abstand zum Krieg und zu den Anfängen der deutsch-französischen Freundschaft nimmt auch die emotionale Distanz zu. Und schließlich hat das deutsch-französische Paar auch durch die Erweiterung der EU auf mehr als 25 Mitgliedsstaaten an Bedeutung verloren.

Ursprung und Voraussetzung der Freundschaft in den Augen Angela Merkels

Im kollektiven Gedächtnis ist die Versöhnung Deutschlands und Frankreichs nach dem Zweiten Weltkrieg eng mit Konrad Adenauer und Charles de Gaulle verbunden. Die Unterzeichnung des Élysée-Vertrages am 22. Januar 1963 wurde gar zum Gründungsmythos der deutsch-französischen Freundschaft erhoben. Dem Vertrag maß Angela Merkel zwar eine große Bedeutung zu und lobte ausdrücklich „die Weitsicht des großen Staatsmanns“ sowie „die Größe und Großzügigkeit des Menschen Charles de Gaulle“, dessen besondere Bedeutung für Deutschland sie mit dem Hinweis darauf in Erinnerung rief, dass er „den Widerstand des freien Frankreichs und des freien Europas gegen das nationalsozialistische Unrechtsregime“ verkörpere⁽¹³⁾. Gleichzeitig hob sie aber auch sehr stark die Rolle Robert Schumans hervor, der mit der 1950 zusammen mit Jean Monnet initiierten Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl „das deutsch-französische Verhältnis als ein besonderes Verhältnis begründet“ und „die Beziehungen der europäischen Länder zu anderen wahrhaft revolutioniert“ habe⁽¹⁴⁾. Daran ist bereits das Verständnis Angela Merkels der deutsch-französischen Beziehungen als Teil des europäischen Projektes zu erkennen.

Auffällig ist auch, dass die deutsche Kanzlerin ihren Blick nicht nur auf die politische Ebene richtete, sondern auch auf die Rolle der Zivilgesellschaft hinwies, die sie als zentrale Voraussetzung für gute Beziehungen zwischen beiden Ländern ansah⁽¹⁵⁾. Sie zeigte sich davon überzeugt, dass die Beziehung nur funktionieren könne, wenn sich beide Völker füreinander interessieren, kennen und verstehen, und dabei auch bereit sind, sich in den Anderen hineinzusetzen. Als Bedingungen dafür nannte

12 A. MERKEL, *Mein Weg* (Anm. 3), S. 222.

13 Angela MERKEL, Rede, 11.10.2008.

14 Angela MERKEL, Regierungserklärung, 11.05.2006.

15 Angela MERKEL, Interview, *Die Zeit*, 19.11.2009.

sie die Pflege der Neugier auf das jeweils andere Land⁽¹⁶⁾, die Kenntnis der Geschichte, weil sie „Einblick in das Gefühl von Völkern, von ganzen Nationen“ gebe⁽¹⁷⁾, das Ablegen von Vorurteilen und vor allem „die persönliche Begegnung und das Erlernen der jeweils anderen Sprache“⁽¹⁸⁾. Sie gestand jedoch ein, dass noch „viel dafür getan werden [müsse], dass in Frankreich Deutsch gelernt wird und in Deutschland Französisch“ und dass dies kein einfaches Unterfangen sei⁽¹⁹⁾.

Die Stellung und Rolle des deutsch-französischen Paares in Europa

Bei einer Gedenkrede zum Ersten Weltkrieg im November 2009 zeigte sich Angela Merkel dankbar darüber, dass Frankreich nach den Schrecken beider Weltkriege „Deutschland die Hand zur Versöhnung gereicht“ habe und bezeichnete die deutsch-französische Freundschaft als „Geschenk.“ Sie hatte bereits früher deutlich gemacht, dass sie dieses Werk der Kriegsgeneration als Pflicht für die Gegenwart begriff⁽²⁰⁾. Doch wie stellte sie sich die deutsch-französischen Beziehungen konkret vor und welchen Platz sprach sie ihnen in Europa zu?

Im Sommer 2005 erklärte die Kandidatin von CDU/CSU, dass „Deutschland und Frankreich [...], gerade was die Weiterentwicklung des Kontinents Europa angeht, Motor“ sein müssten und kündigte an, dass sie „an die Tradition anknüpfen werde, die dem deutsch-französischen Verhältnis eine herausragende Bedeutung verleiht“⁽²¹⁾. Derartige Ankündigungen gehören jedoch zum Pflichtprogramm eines jeden Kanzleranwärters. Im Laufe ihrer Kanzlerschaft legte Angela Merkel ihre Vorstellung der bilateralen Beziehungen genauer dar. Am besten brachte sie diese in ihrer „Humboldt-Rede zu Europa“ im Mai 2009 auf den Punkt:

„Noch immer ist eine gemeinsame deutsch-französische Initiative die beste Gewähr dafür, dass sich Europa auf Fortschritte einigt. Ich verstehe es nicht so, dass eine deutsch-französische Initiative so etwas wie ein Diktat ist. Aber wenn Deutschland und Frankreich in der Europäischen Union gegeneinander arbeiten, ist die Gewähr relativ groß, dass es kaum zu einem Beschluss kommt. Deshalb ist unsere Zusammenarbeit so wichtig“⁽²²⁾.

Einige Zeit später erklärte sie in Anlehnung an eine bekannte Wendung: „Eine deutsch-französische Einigung ist nicht alles in Europa. Aber wahr ist auch: Ohne eine deutsch-französische Einigung wird vieles nichts“⁽²³⁾. In beiden Zitaten zeigt sich, dass die Haltung Angela Merkels zu Frankreich in erster Linie pragmatisch und sachlich ist: Sie ist durch die Einsicht bedingt, dass tiefgreifende Reformen in der EU nur durch eine vorhergehende Einigung ihrer beiden größten Mitgliedsstaaten möglich sind und

16 Angela MERKEL, Rede, 22.01.2013.

17 Angela MERKEL, Video-Podcast, 28.05.2016.

18 Angela MERKEL, Rede, 22.09.2012. Siehe dazu auch Angela MERKEL, Rede, 22.01.2013 und A. MERKEL, Rede, 10.10.2017.

19 Angela MERKEL, Video-Podcast, 19.01.2013.

20 Angela MERKEL, Rede, 11.11.2009 und A. MERKEL, Rede, 11.10.2008.

21 Angela MERKEL, Interview, FAZ, 24.06.2005 und A. MERKEL, Spiegel-Gespräch, 25.07.2005.

22 Angela MERKEL, Rede, 27.05.2009. Siehe auch Angela MERKEL, Interview, Le Monde, 14.01.2007; A. MERKEL, Rede, 11.10.2008; A. MERKEL, Interview, Le Monde, 19.05.2010; A. MERKEL, Rede, 09.09.2011; A. MERKEL, Rede, 08.07.2012; A. MERKEL, Rede, 22.01.2013.

23 Angela MERKEL, Rede, 27.10.2010.

dass die Bundesrepublik, ungeachtet ihrer politischen und wirtschaftlichen Stärke, auf Partner angewiesen ist, um ihre Vorstellungen zumindest in Teilen durchsetzen zu können. Ein Selbstzweck ist die deutsch-französische Freundschaft für Angela Merkel nicht, sondern ein Mittel zur Wahrung der europäischen Errungenschaften und der dafür erforderlichen Anpassungen.

Welche Bedeutung sie Europa beimisst, begründete Angela Merkel zum einen mit schlichten Fakten: Die Europäer machen nur noch 7% der Weltbevölkerung aus⁽²⁴⁾, sie sind mit Problemen wie Wirtschafts- und Finanzkrisen, Terrorismus oder Klimawandel konfrontiert, die nur global zu lösen sind⁽²⁵⁾, und die europäische Integration hat dem Kontinent „eine beispiellose Zeit von Frieden, Freiheit und Wohlstand“ gebracht⁽²⁶⁾. Zum anderen spielt auch ihre Lebensgeschichte eine wichtige Rolle. 2012 führte sie dies genauer aus: „Ich habe 35 Jahre lang, bis die Mauer fiel, darunter gelitten, dass ich nicht einfach so nach Westeuropa durfte. Das war für mich der Traum. Das ist mein Kontinent“⁽²⁷⁾.

Als überzeugte Atlantikerin hielt sie gleichzeitig von Beginn an ein klares Plädoyer für die transatlantische Partnerschaft, die neben der europäischen Integration die zweite Säule deutscher Außenpolitik sei. „Diese Doppelrolle auszufüllen“ betrachtet sie als Aufgabe der Bundesrepublik⁽²⁸⁾. Darüber hinaus ließ sie von Anfang an keinen Zweifel daran, dass für sie eine zentrale Funktion Deutschlands in der EU „auch aufgrund seiner geografischen Lage darin bestehen sollte, Mittler und ausgleichender Faktor zu sein“⁽²⁹⁾. Von einem deutsch-französischen „Direktorium“ hält sie nichts. Damit knüpfte sie an Helmut Kohl an und distanzierte sich vor allem von Gerhard Schröder in der zweiten Phase seiner Kanzlerschaft. Nun stellt sich die Frage, wie sich all dies auf die praktische Politik Angela Merkels zwischen 2005 und 2020 niederschlug.

Frankreich in der Politik Angela Merkels 2005-2020

Von der Verfassungskrise zur Eurokrise: Europa in der Krise

Als Angela Merkel zur Kanzlerin gewählt wurde, befand sich die EU nach dem „Nein“ Frankreichs und der Niederlande zum Verfassungsvertrag in einer tiefen institutionellen Krise und es standen die Verhandlungen über den EU-Finanzrahmen für die Jahre 2007-2013 an. Europapolitisch war die neue Kanzlerin also gleich zu Beginn ihrer Amtszeit stark gefordert. In ihrer ersten Regierungserklärung machte sie eine schonungslose Analyse der Gründe für die Krisen der EU:

„Die Erwartungen an Deutschland in diesem Bereich sind so immens, weil sich Europa im Augenblick in einer tiefen Krise befindet. Im Kern gründet diese Krise – das ist meine Überzeugung – auf fehlendem gegenseitigen Vertrauen. Es gab schwere Rückschläge

24 Angela MERKEL, Rede, 03.04.2012. Siehe auch Angela MERKEL, Rede, 30.01.2007.

25 Angela MERKEL, Rede, 04.12.2008 und A. MERKEL, Rede, 27.05.2009.

26 Angela MERKEL, Rede, 11.05.2006. Siehe auch Angela MERKEL, Rede, 01.05.2008.

27 Angela MERKEL, Interview, SZ, 26.01.2012.

28 A. MERKEL, *Mein Weg* (Anm. 3), S. 208-210.

29 Angela MERKEL, Regierungserklärung, 30.11.2005.

bezüglich des Verfassungsvertrages. Hinsichtlich der Finanzen der Europäischen Union gibt es starke Interessenkonflikte zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten“⁽³⁰⁾.

Auch wenn sich Angela Merkel mit konkreten Schuldzuweisungen zurückhielt und kein Land namentlich nannte, muss jedem Zuhörer klar gewesen sein, dass sie zumindest einen Teil der Verantwortung für die Krise bei Frankreich sah. Dass die Verhandlungen über den neuen EU-Finanzrahmen ins Stocken geraten waren, lag nicht zuletzt an einem französisch-britischen Konflikt, und bei der Verfassungskrise liegt die Verantwortung Frankreichs auf der Hand. Ein halbes Jahr nach ihrem Amtsantritt führte die deutsche Kanzlerin aus, worin sie diese sah: „Dieses Nein war nicht ein Nein über den Text des Verfassungsvertrages, sondern dieses Nein ist aus einem wirtschaftlichen und politischen Kontext heraus entstanden, in dem die Abstimmungen stattfanden“⁽³¹⁾. Ihre Kritik zielte also weniger auf das Volk als auf die politischen Verantwortlichen ab. Zum Zeitpunkt des Referendums verzeichneten Jacques Chirac und die Regierung von Premierminister Jean-Pierre Raffarin schlechte Beliebtheitswerte, die Arbeitslosigkeit stieg kontinuierlich an und die großen Parteien waren in ihrer Haltung zum Verfassungsvertrag tief gespalten. Hätte der französische Präsident in diesem Kontext lieber keine Volksabstimmung abhalten sollen? Das sagte Angela Merkel nicht explizit, ihre Äußerungen lassen es aber möglich erscheinen, dass es ihrer Meinung entsprach.

Während die Verhandlungen über den EU-Finanzrahmen dank ihrer Vermittlung bereits im Dezember 2005 zum Erfolg geführt werden konnten⁽³²⁾, war Angela Merkel bewusst, dass „wesentliche Fragen wie die des Verfassungsvertrages [...] eher nach den Wahlen in Frankreich zu entscheiden sein“ würden und dass es lediglich möglich sein könne, „manches vor[zu]bereiten“⁽³³⁾. Gleichzeitig machte sie deutlich, dass keine Zeit zu verlieren sei, weil institutionelle Reformen für die Handlungsfähigkeit der EU dringend notwendig seien⁽³⁴⁾. Doch obwohl – oder gerade weil – sie mit dem bevorstehenden Machtwechsel in Frankreich große Hoffnungen auf eine Überwindung der Krise verband, zeigte sich Angela Merkel sehr besorgt über die verbalen Angriffe gegen den Euro und die Europäische Zentralbank (EZB) im französischen Präsidentschaftswahlkampf. Diese waren nicht nur von den politischen Extremen zu hören, sondern auch von den Kandidaten der beiden großen Parteien, Nicolas Sarkozy von der konservativ-liberalen UMP und Ségolène Royal von der Sozialistischen Partei⁽³⁵⁾. Angela Merkel, die im ersten Halbjahr 2007 als EU-Ratspräsidentin amtierte, hielt dagegen, dass die Unabhängigkeit der EZB „das Fundament für die Akzeptanz des Euro“ sei und warnte davor, die „Schwierigkeiten – die Anpassung an die Globalisierung, die notwendigen Reformen, die zu lösenden sozialen Probleme – [...] in unfairer Weise auf den Euro“

30 Ebd.

31 Angela MERKEL, Rede, 09.05.2006.

32 Siehe dazu Gisela MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET, „Deutsche Europapolitik unter Angela Merkel: Enge Gestaltungsspielräume in Krisenzeiten“, in: DERS. et al (Hg.), *Deutsche Europapolitik – Von Adenauer bis Merkel*, Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften, 2010 (2. Aufl.), S. 253-349, hier S. 265-269.

33 Angela MERKEL, SZ-Interview, 06.11.2006.

34 Angela MERKEL, Interview, *Le Monde*, 14.01.2007 und A. MERKEL, Rede, 30.01.2007.

35 Siehe dazu Muriel ROUYER, „L'Europe dans la campagne présidentielle française 2007 – Entre euro-scepticisme de secours et domaine réservé“, *AFRI*, Bd. IX, 2008, S. 389-405, hier S. 392-396.

zu schieben. Dafür wandte sie sich mittels eines Interviews in *Le Monde* direkt an die Franzosen⁽³⁶⁾. Das war eine für Merkel-Verhältnisse ungewöhnlich unverblümete Kritik an der Tendenz von Teilen der französischen Politik, die EU für die eigenen Probleme verantwortlich zu machen. Nach seinem Wahlsieg im Mai 2007 änderte Nicolas Sarkozy seinen Diskurs und zeigte sich entschlossen, schnell an einer Lösung der institutionellen Krise der EU zu arbeiten. So konnte noch unter der deutschen EU-Ratspräsidentschaft nicht zuletzt dank der guten deutsch-französischen Zusammenarbeit ein Kompromiss zur Reform der europäischen Institutionen geschlossen werden. Dieser mündete in den im Dezember 2007 unterzeichneten Vertrag von Lissabon⁽³⁷⁾. Angela Merkel zeigte sich Nicolas Sarkozy „persönlich sehr dankbar, dass er als neu gewählter französischer Präsident einen mutigen Schritt unternommen hat, um Europa aus dem Stillstand herauszubringen“⁽³⁸⁾.

Die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise, die 2008 die EU erreichte und zur Jahreswende 2009/2010 in eine Eurokrise überging, stellte das deutsch-französische Paar jedoch vor eine ungleich schwierigere Belastungsprobe. Zum einen hätten die Persönlichkeit und das Temperament Nicolas Sarkozys und Angela Merkels kaum unterschiedlicher sein können: Während der französische Präsident eine Vorliebe für schnelles Handeln und (symbolisch) starke Maßnahmen hatte, bevorzugte die deutsche Kanzlerin eine an den realistischen Möglichkeiten orientierte Politik der kleinen Schritte und zog es vor, vor Entscheidungen ruhig und nüchtern abzuwägen. Zum anderen hatten beide Politiker, wenngleich sie der gleichen Parteifamilie angehörten, unterschiedliche Vorstellungen davon, wie auf die Krise zu reagieren sei. Die deutsche Kanzlerin bemühte sich zwar darum, öffentlich zu beschwichtigen, die Notwendigkeit eines gemeinsamen Handelns zu beschwören und auf Angriffe nicht zu reagieren. Auf die stichelnde Bemerkung Nicolas Sarkozys, der bezogen auf ein gemeinsames Konjunkturprogramm meinte, „Frankreich arbeitet daran, Deutschland denkt darüber nach“, reagierte Angela Merkel zum Beispiel ebenso nüchtern wie lakonisch: „Deutschland arbeitet an seinen Maßnahmen; das ist bekannt“⁽³⁹⁾. Ferner lobte sie im Dezember 2008 ausdrücklich die Arbeit der französischen EU-Ratspräsidentschaft⁽⁴⁰⁾. In Sachfragen gelang es beiden Politikern letztendlich stets, Kompromisse zu erzielen⁽⁴¹⁾. Doch mit der Verschärfung der Krise und der immer weiter auseinanderklaffenden wirtschaftlichen und finanziellen Lage Deutschlands und Frankreichs wuchsen auch die Differenzen zwischen ihnen. Neben den wesentlichen Unterschieden in Mentalität und Kultur, die noch einmal deutlich wurden, hatten beide Länder aufgrund ihrer jeweiligen Lage schlicht divergierende Interessen und eine unterschiedlich gute Verhandlungsposition innerhalb der EU. Das Gleich-

36 Angela MERKEL, Interview, *Le Monde*, 14.01.2007. Siehe auch Angela MERKEL, Rede, 30.01.2007.

37 Siehe dazu Anne JEANNOT, „Le rôle du couple franco-allemand dans l'élaboration du traité de Lisbonne“, in: *Quel avenir pour l'intégration européenne? Regards croisés franco-allemands sur le traité de Lisbonne*, Tours, Presses universitaires François Rabelais, 2010, S. 15-28.

38 Angela MERKEL, Video-Podcast, 10.11.2007.

39 Nicolas SARKOZY, Angela MERKEL, Pressekonferenz, 24.11.2008.

40 Angela MERKEL, Rede, 04.12.2008.

41 Siehe dazu Wolfram HILZ, „Getriebewechsel im europäischen Motor: Von ‚Merkozy‘ zu ‚Merkolande‘?“, *ApuZ*, 1-3 (2013): *Deutschland und Frankreich*, 31.12.2012, S. 23-29, hier S. 25-28.

gewicht innerhalb des deutsch-französischen Paares geriet immer mehr in eine Schieflage. Angela Merkel konnte auf die guten deutschen Wirtschafts- und Finanzdaten hinweisen und die kriselnden EU-Staaten zu Reformen auffordern. Während sie im Falle Griechenlands zu Beginn der Krise hart auftrat, fielen ihre öffentlichen Äußerungen über Frankreich deutlich gemäßigter aus. Dies lag nicht nur daran, dass die griechische Lage ungleich kritischer war, sondern auch an der zentralen Bedeutung Frankreichs für die Durchsetzung von Maßnahmen und Reformen auf europäischer Ebene. Im Kontext der beginnenden Eurokrise benutzte die deutsche Kanzlerin lediglich den Vergleich mit Frankreich, um die Erfolge Deutschlands im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit umso deutlicher zu machen⁽⁴²⁾. Insgesamt achtete sie aber darauf, den französischen Partner nicht zu brüskieren. Sie hielt sich mit Kritik und Lektionen zurück und bemühte sich um Bescheidenheit. So wollte sie beispielsweise Deutschland dezidiert nicht zum Vorbild für Frankreich erklären. Im Interview mit dem Fernsehsender *France 2* erklärte sie hierzu, dass die „Bedingungen [...] in den einzelnen Ländern nicht gleich“ seien, und ging sogar so weit, am Beispiel des Rententhemas zu erklären, dass Frankreich ebenso wie Deutschland notwendige Strukturreformen durchgeführt hätten⁽⁴³⁾. Dabei blendete sie bewusst die Tatsache aus, dass die französische Rentenreform des Herbstes 2010 bei weitem nicht so weitreichend war wie die deutsche von 2007. Im gleichen Geiste würdigte Angela Merkel die französische Demographie als ein Feld, auf dem Frankreich Deutschland voraus sei⁽⁴⁴⁾. Zu ihrer Strategie gehörte schließlich auch, dass sie deutsche Verhandlungserfolge nur selten thematisierte, sondern unermüdlich die Übereinstimmungen zwischen beiden Ländern und die Notwendigkeit gemeinsamen Handelns betonte⁽⁴⁵⁾. In der Sache jedoch machte sie im Laufe der Eurokrise Zugeständnisse⁽⁴⁶⁾.

Allen Unterschieden und Differenzen zum Trotz war Nicolas Sarkozy für Angela Merkel ein verlässlicher Partner. So setzte sie sich aktiv für seine Wiederwahl ein. Im Mai 2012 wurde er jedoch abgewählt und sein sozialistischer Herausforderer François Hollande trat seine Nachfolge an. Damit begann eine Phase spannungsreicher Beziehungen. Nicht die Parteizugehörigkeit des neuen Präsidenten war das Problem. Wie es Angela Merkel später selbst sagte, war es nicht das erste Mal, dass an der Spitze beider Länder Politiker aus unterschiedlichen Parteifamilien standen⁽⁴⁷⁾ – das Tandem Mitterrand/Kohl hat auf eindruckliche Weise gezeigt, dass dies kein Hindernis sein muss. Außerdem waren François Hollande und Angela Merkel von ihrer Persönlichkeit und ihrem Politikstil her teilweise ähnlich. Zum Problem wurden vielmehr ihre inhaltlich auseinanderdriftenden Vorstellungen. Der neue französische Präsident war mit dem

42 Angela MERKEL, Rede, 17.03.2010.

43 Angela MERKEL, Interview, *France 2*, 18.10.2010.

44 Angela MERKEL, Interview, *BILD-Online*, 16.12.2010.

45 Ein seltenes Gegenbeispiel stammt aus dem Oktober 2010, als Angela Merkel es in Zusammenhang mit dem Beschluss, private Gläubiger an den Hilfen für kriselnde Länder zu beteiligen, explizit als „großen Erfolg“ für die Bundesrepublik verbuchte, „Frankreich dafür gewonnen zu haben, sich einer solchen Vertragsänderung zu öffnen“ (Angela MERKEL, Interview, *Der Spiegel*, 30.10.2010).

46 Siehe dazu Stephan BIERLING, *Vormacht wider Willen – Deutsche Außenpolitik von der Wiedervereinigung bis zur Gegenwart*, München, C.H. Beck, 2014, S. 215–217.

47 Angela MERKEL, Video-Podcast, 15.02.2014.

Ziel angetreten, Europa neu auszurichten und mit der bisherigen Eurokrisenpolitik, die maßgeblich von der deutschen Kanzlerin geprägt worden war, zu brechen. Nur wenige Wochen nach seinem Amtsantritt versuchte er (vergeblich), sie mittels eines Bündnisses mit den Regierungschefs Italiens und Spaniens zu Zugeständnissen in der Euro-Rettungspolitik zu zwingen. Ein Jahr später, auf eine Abwahl der Kanzlerin hoffend, sprach Frankreichs Präsident unverblümt von einer „freundschaftlichen Spannung mit Deutschland“⁽⁴⁸⁾. Getreu ihrer Gewohnheit äußerte Angela Merkel öffentlich keinen Unmut über diese Worte und Taten. Sie hielt es genauso wie bereits mit Nicolas Sarkozy in Streitfällen und wiederholte wie ein Mantra die Bedeutung des gemeinsamen Handelns zum Wohle Europas⁽⁴⁹⁾. In Wirklichkeit wurde Frankreich für sie zunehmend zum Problem. Zum einen war ihr bewusst, wie wichtig das Land für die Stabilität der Eurozone war – was sie auch öffentlich hervorhob⁽⁵⁰⁾. Zum anderen brauchte sie für die Reform der EU, für die sie beharrlich plädierte, einen starken französischen Partner. Doch die wirtschaftliche und finanzielle Lage Frankreichs verschlechterte sich kontinuierlich und die Sozialisten zeigten sich entschlossen, in der Sozial, Wirtschafts- und Steuerpolitik einen deutlich anderen Kurs als die Vorgängerregierung einzuschlagen. So wurden Reformen, die diese beschlossen hatte und von Deutschland ausdrücklich begrüßt worden waren, abgeschwächt oder teilweise zurückgedreht⁽⁵¹⁾. In jener Phase fanden nur sehr wenige innenpolitische Taten der Sozialisten Gnade vor den Augen der Kanzlerin. Es ist bemerkenswert, dass sie die Reform zur Förderung des sozialen Dialogs zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ausdrücklich lobte⁽⁵²⁾. Abgesehen davon plädierte sie in den wenigen Stellungnahmen zum Thema in ihrer gewohnt zurückhaltenden Art für Reformen zum Zweck des Schuldenabbaus⁽⁵³⁾.

Der Umgang Angela Merkels mit Frankreich erfuhr eine gewisse Veränderung, als François Hollande zum Jahreswechsel 2013/14 eine „sozialliberale Wende“ vollzog. Sie würdigte diesen Prozess und bekräftigte ihren Willen, ihn unterstützend zu begleiten, wenngleich sie die angekündigten Maßnahmen als noch nicht ausreichend bewertete⁽⁵⁴⁾. Es mag überraschen, dass sie letzteres so deutlich formulierte, sie bezog sich aber auf einen Bericht der EU-Kommission aus dem Frühjahr 2014, in dem genau das festgestellt wurde. So gesehen wiederholte sie nur etwas, was bereits offiziell bemängelt worden war. Interessant ist darüber hinaus, dass die deutsche Kanzlerin in dieser Phase wieder verstärkt auf die Erfolge Deutschlands hinwies⁽⁵⁵⁾. Dies war nicht zuletzt eine Verteidigungsstrategie ihrer Position in der Eurokrise: Diese würde zwar teils scharf kritisiert, aber die Zahlen sprächen für sich. In gewisser Weise erklärte Angela

48 François HOLLANDE, Interview, *France 2*, 28.03.2013.

49 Siehe z. B. Angela MERKEL, Rede, 09.07.2012; A. MERKEL, Video-Podcast, 15.02.2014.

50 Angela MERKEL, Pressestatements in Berlin, 17.04.2013.

51 Das trifft z. B. auf die Rückkehr zur Rente mit 60 für langjährige Beitragszahler und die Zurücknahme der geplanten „sozialen Mehrwertsteuer“ zu.

52 Angela MERKEL, Rede, 22.01.2013.

53 Siehe insb. Angela MERKEL, Pressestatements in Berlin, 17.04.2013.

54 Angela MERKEL, Interview, *Cicero*, 25.09.2014. Siehe auch Angela MERKEL, Pressekonferenz, 04.03.2015.

55 Angela MERKEL, Interview, *Cicero*, 25.09.2014; A. MERKEL, Interview, *Welt am Sonntag*, 07.12.2014.

Merkel damit die Bundesrepublik zum Vorbild für andere Länder. Doch genau diesem Eindruck versuchte sie entgegenzutreten, indem sie zwischen den Zielen und den konkreten Maßnahmen zu ihrer Erreichung unterschied: Über letztere würde jedes Land selbst entscheiden⁽⁵⁶⁾. Das kann insofern überraschen, als die Kanzlerin mehr als einmal deutlich gemacht hat, welchen Weg sie für den richtigen hielt. Im Vergleich zu den Anfängen der Griechenlandkrise war ihr Ton sehr viel versöhnlicher, das kann als Zeichen guten Willens gewertet werden. Im März 2015 attestierte sie ihrem französischen Partner: „Ich glaube, Frankreich ist da auf einem guten Weg“⁽⁵⁷⁾. Das implizierte auch, dass der Weg ihrer Ansicht nach noch nicht zu Ende sei. Und tatsächlich konnte François Hollande beim Wachstum und der Staatsverschuldung zwar leichte Verbesserungen erzielen, im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit wirkte er jedoch machtlos. Zumindest in einem Punkt war die Entwicklung eindeutig positiv: Angela Merkel und François Hollande hatten nach ihrem schwierigen Anfang allmählich zu einer besseren Form der Zusammenarbeit gefunden und ergriffen wieder vermehrt gemeinsame Initiativen auf der europäischen Bühne. Daran war der Kanzlerin viel gelegen, weil es die Chancen zur Durchsetzung der eigenen Position steigerte und eine deutsche Isolation in der EU verhinderte.

Ab 2015/16 trat die Eurozone in eine Phase der langsamen, wenngleich zerbrechlichen Erholung ein. Im Mai 2017 endete die Amtszeit François Hollandes, der aufgrund desaströser Beliebtheitswerte und wachsender Kritik aus den eigenen Reihen auf eine zweite Kandidatur verzichten musste. Zu seinem Nachfolger wählten die Franzosen den Zentristen Emmanuel Macron, der sich entschlossen zeigte, Frankreich und Europa zu erneuern. Die innenpolitischen Reformpläne des neuen Präsidenten begrüßte Angela Merkel ausdrücklich⁽⁵⁸⁾. Das verwundert kaum, entsprachen sie doch weitestgehend den Strukturreformen, auf die sie seit Beginn der Eurokrise drängte. Bei den Plänen zur Reform der Eurozone gestaltete sich die Angelegenheit schwieriger. Zwar sprach sich die Kanzlerin „grundsätzlich“ für die von Emmanuel Macron geforderte Schaffung von „so etwas wie eine[r] Wirtschaftsregierung“ und eines europäischen Finanzministers aus, wies aber im gleichen Atemzug darauf hin, dass „auch die praktischen Fragen zu beantworten“ seien und dass es „da sehr unterschiedliche Vorstellungen von Europa“ gebe⁽⁵⁹⁾. Dies war ohne Zweifel der Fall. Die Schaffung einer europäischen Wirtschaftsregierung war eine alte französische Forderung. Zu Beginn der Griechenlandkrise hatte ihr Angela Merkel mit dem Argument eine Absage erteilt, dass sie „nicht zu Ende gedacht“ sei und „die Gefahr einer Spaltung“ in sich berge⁽⁶⁰⁾. Konkret hatte sie die Bildung einer Kluft zwischen der Eurozone und den Nicht-Euro-Staaten gefürchtet. Das kann insofern überraschen, als diese von Natur aus schon besteht. Vor allen Dingen lehnte sie jegliche Form von Vergemeinschaftung der Schulden ab, wie sie nach dem Machtwechsel in Frankreich noch einmal

56 Angela MERKEL, Pressekonferenz, 04.03.2015.

57 Ebd.

58 Angela MERKEL, Interview, *Ouest France*, 21.09.2017.

59 Angela MERKEL, Interview, *Die Zeit*, 07.07.2017.

60 Angela MERKEL, Rede, 27.05.2009.

unmissverständlich klarmachte⁽⁶¹⁾. Dieser Aspekt dürfte ihre Vorsicht gegenüber den französischen Plänen maßgeblich erklären. Dennoch ging Angela Merkel in gewissen Punkten auf Emmanuel Macron zu. Auch auf Druck ihres sozialdemokratischen Koalitionspartners erklärte sie sich 2018 zur Schaffung eines Eurozonen-Budgets sowie zu höheren deutschen Beiträgen bereit⁽⁶²⁾. Im Juni 2019 konnten sich die Finanzminister der EU-Länder nach langen Verhandlungen auf die Schaffung einer Art Eurozonen-Haushalt einigen. Doch alleine schon die Bezeichnung lässt erahnen, wie mühsam der Kompromiss war: Offiziell handelt es sich um ein „Haushaltsinstrument für Konvergenz und Wettbewerbsfähigkeit“⁽⁶³⁾. Damit sollen ab 2021 Investitionen und Reformen zur Stärkung der Wirtschaftskraft eines Landes unterstützt werden. Letzteres ist ein Zugeständnis an die wirtschaftsstarken EU-Staaten, die nicht bereit sind, für spar- und reformunwillige Krisenländer zu zahlen. Doch bereits die Finanzierung dieses „Instruments“ ist unklar und seine Höhe viel geringer als von Emmanuel Macron angestrebt.

In der Zeit der Wirtschafts- und Finanzkrise und der Eurokrise hat Angela Merkel mit drei französischen Präsidenten aus unterschiedlichen Parteifamilien gearbeitet. Differenzen gab es in allen drei Fällen, wenngleich sie nicht in der gleichen Intensität und Ausprägung auftraten. Sie sind hauptsächlich auf Unterschiede sowohl bei den nationalen Interessen als auch bei der Mentalität zurückzuführen. Und schließlich geht es bei alledem auch immer um die Führungsrolle in Europa. Das wurde auch in der Außen- und Sicherheitspolitik deutlich.

Bewährungsproben für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

Während die Bundesrepublik unter Angela Merkel sich in der Eurokrise über Jahre hinweg in einer Position der Stärke befand, wird ihr in der Außen- und Sicherheitspolitik nicht zuletzt aus Frankreich vorgeworfen, sich nach wie vor der Übernahme von mehr Verantwortung zu verweigern, die mit ihrem Status als europäische Großmacht einhergehe. Kritisiert wird hauptsächlich die deutsche Haltung zu Militäreinsätzen.

Im März 2011 beschloss der UNO-Sicherheitsrat auf Drängen von Nicolas Sarkozy und David Cameron, in Libyen militärisch zu intervenieren, um den Bürgerkrieg zugunsten der Rebellen zu entscheiden und die Zivilbevölkerung zu schützen. Die Bundesregierung hegte Zweifel, ob diese Ziele mit militärischen Mitteln zu erreichen seien und enthielt sich bei der entsprechenden Abstimmung der Stimme. Dies brachte ihr im Ausland wie auch teilweise im Inland den Vorwurf ein, kein verlässlicher Partner zu sein und das Land in die politische Isolation gebracht zu haben. Das veranlasste Angela Merkel zu einer Klarstellung: „Unsere Enthaltung ist nicht mit Neutralität zu verwechseln.“ Darüber hinaus entgegnete sie ihren Kritikern, dass Deutschland in Libyen „viele Beiträge leisten [könne], auch jenseits des militärischen Engagements“, und signalisierte als Zeichen des guten Willens ihre Bereitschaft, das deutsche

61 Angela MERKEL, Interview, *Ouest France*, 21.09.2017. Siehe auch Angela MERKEL, Regierungserklärung, 28.06.2018.

62 CDU/CSU/SPD, *Ein neuer Aufbruch für Europa. Eine neue Dynamik für Deutschland. Ein neuer Zusammenhalt für unser Land*, Koalitionsvertrag, 19. Legislaturperiode, Berlin, 12.03.2018, S. 8-10.

63 Nähere Informationen sind zu finden in: BUNDES RAT, *Drucksache 342/19*, 31.07.2019.

Engagement in Afghanistan zu stärken⁽⁶⁴⁾. Zwar verzichtete sie auf eine direkte Kritik an der französischen und britischen Regierung; sie ließ aber keinen Zweifel daran, was sie von ihrem Vorpreschen hielt. Mit ihrer Haltung war Angela Merkel der traditionellen bundesdeutschen Außenpolitik näher, als es ihre Haltung zum Irakkrieg 2002/03 hätte erahnen lassen können. Im Blick hatte sie neben der Lage Libyens auch die engen Grenzen des Grundgesetzes für Bundeswehreinätze und die antimilitaristische Grundhaltung in weiten Teilen der eigenen Bevölkerung. Diese war umso relevanter, als 2011 nicht weniger als sieben Landtagswahlen anstanden. In der Sache gab die weitere Entwicklung in Libyen der Bundesregierung freilich recht⁽⁶⁵⁾.

Im Januar 2013 intervenierte Frankreich wiederum in Mali, um dem Vormarsch islamistischer Gruppierungen ein Ende zu setzen. Für François Hollande war klar, dass sein Land die europäischen Werte verteidige und einen Beitrag zur Sicherheit Europas leiste. Er erwartete daher mehr als nur verbale Solidaritätsbekundungen von seinen Partnern. Angela Merkel bezeichnete es zwar als „selbstverständlich, dass wir diese Herausforderungen gemeinsam annehmen“ und erklärte, dass „Deutschland an der Seite Frankreichs“ stehe⁽⁶⁶⁾. Konkret sicherte die Bundesregierung jedoch zunächst nur materielle und logistische Unterstützung zu, was die französische Regierung verstimmt.

Das Jahr 2015 stand unter dem Zeichen des islamistischen Terrors, der Frankreich zweimal traf. Angela Merkel bekundete daraufhin die Anteilnahme und Solidarität der Bundesrepublik mit ihrem französischen Partner: „Deutschland und Frankreich verbindet eine besondere Freundschaft. Deutschland und Frankreich stehen in diesen schweren Tagen zusammen“⁽⁶⁷⁾. Neben diesen verbalen Solidaritätsbekundungen erwartete François Hollande auch in diesem Fall eine Beteiligung am Krieg gegen den internationalen Terrorismus, dessen Verschärfung er nach der zweiten Anschlagswelle im November ankündigte. Angela Merkel erklärte sich rasch dazu bereit⁽⁶⁸⁾, wobei eine nicht zu unterschätzende Rolle gespielt haben dürfte, dass Frankreich die in den EU-Verträgen enthaltene Beistandsklausel aktiviert hatte. Das ist ein wesentlicher Unterschied zu den Einsätzen in Libyen und Mali. Es wäre ungleich schwerer gewesen, eine Beteiligung abzulehnen.

Mit der Flüchtlingskrise, die im Herbst 2015 ihren (vorläufigen) Höhepunkt erreichte, kam die nächste Belastungsprobe für das deutsch-französische Tandem und die gemeinsame EU-Außenpolitik. Angela Merkel ließ keinen Zweifel daran, dass es sich bei der Aufnahme von Flüchtlingen um einen humanitären Imperativ handelte. Vor dem Hintergrund der sehr hohen Zahl an Menschen, die in Deutschland Asyl suchten, kämpfte sie für eine verbindliche Verteilung zwischen den EU-Ländern. Es gehe um europäische Solidarität. Hierbei zählte sie auf die Unterstützung Frankreichs. So verwies sie in öffentlichen Stellungnahmen auf die Initiative, die François

64 Angela MERKEL, Pressekonferenz, 18.03.2011.

65 Siehe dazu z. B. Denis M. TULL, Wolfgang LACHER, „Die Folgen des Libyen-Konflikts für Afrika – Gräben zwischen der AU und dem Westen, Destabilisierung der Sahelzone“, *SWP-Studie*, 2012/S 8.

66 Angela MERKEL, Rede, 22.01.2013.

67 Angela MERKEL, Regierungserklärung, 15.01.2015.

68 Angela MERKEL, Rede, 25.11.2015.

Hollande und sie zur Einführung von verbindlichen Flüchtlingsquoten ergriffen hätten, und betonte die deutsch-französische Einigkeit bei diesem Thema⁽⁶⁹⁾. Doch so sehr Frankreichs Regierung die Bedeutung des Asylrechts und der fairen Lastenverteilung betonte: Sie machte gleichzeitig klar, dass das Land aus ihrer Sicht nur eine sehr eingeschränkte Aufnahmefähigkeit habe. So erwies sich die deutsch-französische Einigkeit als bloßer Schein. Unter Emmanuel Macron machten beide Länder schließlich einen neuen Anlauf für eine bessere Flüchtlingsverteilung – jedoch nur auf freiwilliger Basis. Im Sommer 2019 gelang eine prinzipielle Einigung.

Wie bereits die Reform der Eurozone stellten auch die außen- und sicherheitspolitischen Vorschläge und Forderungen Emmanuel Macrons Angela Merkel vor komplexe Probleme. Vor dem Hintergrund der „America first“-Politik von US-Präsident Donald Trump zeigte sich Frankreichs neuer Präsident von der Notwendigkeit für Europa überzeugt, seine Sicherheit selbst in die Hand zu nehmen, und griff die alte Idee einer europäischen Armee auf. Die deutsche Kanzlerin, die diesem Vorhaben lange skeptisch gegenüber gestanden hatte, zeigte sich aufgrund der Entwicklung der Weltpolitik nun aufgeschlossener, stellte jedoch eine wesentliche Bedingung: „Das ist ja keine Armee gegen die Nato – ich bitte Sie –, sondern das kann eine gute Ergänzung der Nato sein“⁽⁷⁰⁾. Das kann man als Antwort auf die zahlreichen französischen Politiker interpretieren, die die EU unabhängig von der NATO machen wollen. Angela Merkel stellte außerdem klar, dass „die Bundeswehr grundsätzlich Teil einer solchen Initiative sein“ müsse, dass es aber nicht bedeute, dass [die Deutschen] bei jedem Einsatz dabei“ sein würden. Sie sprach außerdem eine für ihre Verhältnisse ungewöhnlich deutliche Kritik an Frankreich aus. Auf dessen Vorpreschen in Libyen und Syrien angesprochen, erklärte sie: „Wer gemeinsam mit Partnern handeln möchte, muss auch gemeinsam entscheiden“⁽⁷¹⁾. Zu Differenzen kam es ebenfalls bezüglich der Rüstungsexportpolitik. Als die Bundesregierung in Reaktion auf die Verschärfung der Verstöße gegen die Menschenrechte in Saudi-Arabien einen vorläufigen Waffenexportstopp beschloss, brachte Frankreich seinen Unmut zum Ausdruck, da dies das Projekt eines gemeinsamen Kampfflugzeugs gefährdete. Angela Merkel befand sich in einem kaum zu lösenden Dilemma. Auf der einen Seite wusste sie, dass die deutsche Haltung eine gemeinsame europäische Sicherheitspolitik nahezu unmöglich machte und dass es für gemeinsame Projekte „Verlässlichkeit zwischen den Partnern“ brauche⁽⁷²⁾. Auf der anderen Seite war diese Position nicht mehrheitsfähig – nicht im Bundestag und noch weniger in der Bevölkerung. So blieb ihr nur übrig, für die Reaktion Frankreichs – wie auch Großbritanniens – Verständnis zu zeigen und für Kompromissbereitschaft zu plädieren⁽⁷³⁾. Ihren Konflikt konnten Deutschland und Frankreich schließlich im Oktober 2019 mit einem Abkommen lösen⁽⁷⁴⁾. Zumindest vorläufig.

69 Angela MERKEL, Interview, *Allgemeine Zeitung*, 11.09.2015; A. MERKEL, Rede, 07.10.2015.

70 Angela MERKEL, Rede, 13.11.2018.

71 Angela MERKEL, Interview, *FAZ*, 03.06.2018.

72 Angela MERKEL, Regierungserklärung, 21.03.2019.

73 *Ebd.*

74 Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über Ausfuhrkontrollen im Rüstungsbereich, 23.10.2019 (abrufbar unter www.bmwi.de).

All diese Beispiele machen die Hürden deutlich, die auf dem Weg zu einer verstärkten europäischen Außen- und Sicherheitspolitik stehen. Angela Merkel und die Bundesregierung sind sich der Notwendigkeit von Zugeständnissen ebenso bewusst wie der Tatsache, dass sie für Deutschland und die Deutschen schmerzhaft wären.

Fazit

„Entscheidend für den Erfolg Europas ist und bleibt die deutsch-französische Zusammenarbeit“⁽⁷⁵⁾. Mit diesem Satz von Angela Merkel lässt sich ihre Haltung zu Frankreich am besten auf den Punkt bringen. Sie ist von Vernunft und Pragmatismus geprägt; von der Einsicht, dass Deutschland auf Frankreich angewiesen ist, um die EU voranzubringen und um Krisen, Konflikte und Probleme lösen zu können. Über Jahre hinweg war Frankreich für Angela Merkel vor allem mit Schwäche verbunden, darüber hinaus war ihre Beziehung zu Frankreich teils von ihrem Misstrauen charismatischen Führungspersönlichkeiten und großen Visionen gegenüber geprägt. Mit der Aufeinanderfolge von Krisen wuchs jedoch die Bedeutung des Landes für Deutschland und seine Kanzlerin. Deren Haltung zu Frankreich kann dabei auch als ein Spiegelbild ihrer innenpolitischen Lage und ihrer Stellung in Europa gesehen werden: Je stärker sie unter Druck geriet, desto wichtiger war für sie ein deutsch-französischer Schulterchluss. Dabei kam es immer wieder zu Differenzen. Einen wesentlichen Grund hierfür nannte Angela Merkel in der Endphase ihrer Amtszeit unverblümt und nüchtern: „Es gibt Mentalitätsunterschiede zwischen uns sowie Unterschiede im Rollenverständnis. Das war immer so“⁽⁷⁶⁾. Die vergangenen fünfzehn Jahre zeigen jedoch, dass so manche Differenzen durch Kompromisse überwunden werden konnten. Eine emotionalere Komponente bekamen die deutsch-französischen Beziehungen in dieser Zeit nur einmal: Das Bild Angela Merkels, die nach den Terroranschlägen in Paris im Januar 2015 mit geschlossenen Augen ihren Kopf an die Schulter François Hollandes lehnte, wurde zum Symbol des deutschen Mitgefühls und der Einigkeit beider Länder in der Trauer.

Quellen

CDU/CSU/SPD, *Ein neuer Aufbruch für Europa. Eine neue Dynamik für Deutschland. Ein neuer Zusammenhalt für unser Land*, Koalitionsvertrag, 19. Legislaturperiode, Berlin, 12.03.2018.

François HOLLANDE, Interview, *France 2*, 28.03.2013.

Angela MERKEL, Rede vor dem Deutschen Bundestag, Plenarprotokoll 15/16, 19.12.2002, 1187 A-1192 A.

—, Rede vor dem Deutschen Bundestag, Plenarprotokoll 15/25, 13.02.2003, 1879 D-1884 A.

—, „Schröder spricht nicht für alle Deutschen“, *Die Welt*, 21.02.2003.

—, Rede zum Haushaltsgesetz 2004, Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 15/78, 26.11.2003, 6724 A-6731 A.

—, *Mein Weg – Angela Merkel im Gespräch mit Hugo Müller-Vogg*, Hamburg, Hoffmann und Campe, 2004.

—, „Ich will Kanzlerin aller Deutschen werden“, *Spiegel-Gespräch, Der Spiegel*, 30 (2005), 25.07.2005.

—, Regierungserklärung, 30.11.2005, *Bulletin*, 93-1, 30.11.2005.

75 Angela MERKEL, Rede, 29.06.2017.

76 Angela MERKEL, Interview, *SZ*, 16.05.2019.

- Angela MERKEL, Rede auf dem WDR Europa-Forum in Berlin, 09.05.2006.
- , Regierungserklärung zur Europapolitik, 11.05.2006, *Bulletin*, 44-1, 11.05.2006.
 - , „Für die Türkei kann eine sehr, sehr ernste Situation entstehen“, SZ-Interview, *Süddeutsche Zeitung*, 06.11.2006.
 - , „Le débat sur l'euro en France m'inquiète“, Interview, *Le Monde*, 14.01.2007.
 - , Rede beim Europatag der Deutschen Wirtschaft in Berlin, 30.01.2007.
 - , Video-Podcast der Bundeskanzlerin #36/07, 10.11.2007.
 - , Rede zur Verleihung des Internationalen Karlspreises zu Aachen, 01.05.2008, *Bulletin*, 41-1, 01.05.2008.
 - , Rede zur Eröffnung der neuen Gedenkstätte für Charles de Gaulle in Colombey-les-Deux-Églises, 11.10.2008, *Bulletin*, 106-3, 11.10.2008.
 - , Regierungserklärung zum Europäischen Rat in Brüssel am 11./12. Dezember 2008, 04.12.2008, *Bulletin*, 133-1, 04.12.2008.
 - , „Humboldt-Rede zu Europa“ in Berlin, 27.05.2009, *Bulletin*, 63-1, 27.05.2009.
 - , Rede auf dem Gedenktag des Waffenstillstands nach dem Ersten Weltkrieg in Paris, 11.11.2009, *Bulletin*, 115-22, 13.11.2009.
 - , „Deutschland lächelt – jedenfalls von Zeit zu Zeit“, Interview, *Die Zeit*, 48 (2009), 19.11.2009.
 - , Rede zum Haushaltsgesetz 2010, 17.03.2010, *Bulletin*, 27-1, 17.03.2010.
 - , „Solidité, stabilité“, les règles de l'euro selon Angela Merkel, Interview, *Le Monde*, 19.05.2010.
 - , „Deutschland wünscht sich einen fairen Wettbewerb“, Interview, *France 2*, 18.10.2010 (deutsche Übersetzung abrufbar unter: www.bundeskanzlerin.de/bkin-de/aktuelles/-deutschland-wuenscht-einen-fairen-wettbewerb-409372; 10.03.2019).
 - , Regierungserklärung zum Europäischen Rat am 28./29. Oktober 2010 in Brüssel und zum G20-Gipfel am 11./12. November 2010 in Seoul, 27.10.2010, *Bulletin*, 107-1, 27.10.2010.
 - , „Wir haben längst eine gesteuerte Zuwanderung ermöglicht“, Interview, *Der Spiegel*, 30.10.2010.
 - , „Euro hat sich als sehr krisenfest erwiesen“, Interview, *BILD-Online*, 16.12.2010 (abrufbar unter: www.bundeskanzlerin.de/bkin-de/aktuelles/merkel-euro-hat-sich-als-sehr-krisenfest-erwiesen-648118; 10.03.2019).
 - , Rede anlässlich der Festveranstaltung „50 Jahre Bergedorfer Gesprächskreis“ der Körber-Stiftung in Berlin, 09.09.2011.
 - , „Europa ist unser Glück“, Interview, *Süddeutsche Zeitung* / *Le Monde* / *The Guardian* / *La Stampa* / *El País* / *Gazeta Wyborcza*, 26.01.2012.
 - , Rede im Rahmen der Diskussionsveranstaltung „Die künftige Gestalt Europas“ an der juristischen Fakultät der Karls-Universität in Prag, 03.04.2012, *Bulletin*, 34-2, 03.04.2012.
 - , Rede bei der Gedenkveranstaltung zum 50. Jahrestag der Versöhnungsmesse in Reims, 08.07.2012.
 - , Rede anlässlich des Festaktes des 50. Jahrestags der Rede Charles de Gaulles an die deutsche Jugend in Ludwigsburg, 22.09.2012.
 - , Video-Podcast der Bundeskanzlerin #02/2013, 19.01.2013.
 - , Rede zum 50. Jahrestag der Unterzeichnung des Élysée-Vertrages in Berlin, 22.01.2013.
 - , Andrus ANSIP, Pressestatements in Berlin, 17.04.2013.
 - , Video-Podcast der Bundeskanzlerin #02/2014, 15.02.2014.
 - , „Was wir entscheiden, muss Bestand haben“, Interview, *Cicero*, 25.09.2014.
 - , „Verlässlichkeit ist ein sehr hohes Gut“, Interview, *Welt am Sonntag*, 07.12.2014.
 - , Regierungserklärung zu den Terroranschlägen in Frankreich, 15.01.2015, *Bulletin*, 06-1, 15.01.2015.
- Angela MERKEL, Jean-Claude JUNCKER, Pressekonferenz in Brüssel, 04.03.2015.

- Angela MERKEL, „Es geht um Menschen in Not“, Interview, *Allgemeine Zeitung* (und andere regionale Zeitungen), 11.09.2015.
- , Rede vor dem Europäischen Parlament in Straßburg, 07.10.2015.
- , Rede zum Haushaltsgesetz 2016, 25.11.2015, *Bulletin*, 152-1, 25.11.2015.
- , Video-Podcast der Bundeskanzlerin #18/2016, 28.05.2016.
- , Regierungserklärung zum Europäischen Rat am 22. und 23. Juni 2017 in Brüssel und zum G20-Gipfel am 7. und 8. Juli 2017 in Hamburg, 29.06.2017.
- , „Alle sollen von Wachstum profitieren“, Interview, *Die Zeit*, 07.07.2017.
- , „Aider les citoyens à retrouver le goût de l'Europe“, Interview, *Ouest France*, 21.09.2017.
- , Rede zur Eröffnung der Frankfurter Buchmesse, 10.10.2017, *Bulletin*, 100-3, 10.10.2017.
- , „Europa muss handlungsfähig sein“, Interview, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 03.06.2018.
- , Regierungserklärung zum Europäischen Rat am 28./29. Juni 2018 in Brüssel und zum Nato-Gipfel am 11./12. Juli 2018 in Brüssel, 28.06.2018, *Bulletin*, 70-1, 28.06.2018.
- , Rede zur Eröffnung des „Forum de Paris sur la Paix“ in Paris, 11.11.2018.
- , Rede vor dem Europäischen Parlament in Straßburg, 13.11.2018.
- , Regierungserklärung, 21.03.2019.
- , „Gewissheiten gelten nicht mehr“, Interview, *Süddeutsche Zeitung*, 16.05.2019.
- Nicolas SARKOZY, Angela MERKEL, Pressekonferenz, Paris, 24.11.2008.
- Gerhard SCHRÖDER, Regierungserklärung, 10.11.1998, *Bulletin*, 74-98, 11.11.1998.

Literatur

- Stefan BIERLING, *Vormacht wider Willen – Deutsche Außenpolitik von der Wiedervereinigung bis zur Gegenwart*, München, C.H. Beck, 2014.
- Claire DEMESMAY, Daniela SCHWARZER, „Ein unverzichtbares Paar – Die EU braucht Ausgewogenheit zwischen Frankreich und Deutschland“, *Internationale Politik*, 2 (2017), S. 33-41.
- Marion GAILLARD, *La zone euro dans la tourmente: la crise de la dette depuis 2010*, vie-publique.fr, 11.11.2018 (abrufbar unter: www.vie-publique.fr/decouverte-institutions/union-europeenne/approfondissements/zone-euro-tourmente-crise-dette-depuis-2010.html; Stand: 19.07.2019).
- Dominique HERBET, Hélène MIARD-DELACROIX, Hans STARK (Hg.), *L'Allemagne entre rayonnement et retenue*, Villeneuve-d'Ascq, Septentrion, 2016.
- Wolfram HILZ, „Perspektiven der ‚neuen‘ deutsch-französischen Beziehungen“, *ApuZ*, 38 (2007): *Frankreich*, 17.09.2007, S. 25-31.
- Wolfram HILZ, „Getriebewechsel im europäischen Motor: Von ‚Merkozy‘ zu ‚Merkollande‘?“, *ApuZ*, 1-3 (2013): *Deutschland und Frankreich*, 31.12.2012, S. 23-29.
- Anne JEANNOT, „Le rôle du couple franco-allemand dans l'élaboration du traité de Lisbonne“, in: *Quel avenir pour l'intégration européenne? Regards croisés franco-allemands sur le traité de Lisbonne*, Tours, Presses universitaires François Rabelais, 2010, S. 15-28.
- Martin KOOPMANN, Joachim SCHILD, Hans STARK (Hg.), *Neue Wege in ein neues Europa – Die deutsch-französischen Beziehungen nach dem Ende des Kalten Krieges*, Baden-Baden, Nomos, 2013.
- Gerd LANGGUTH, *Angela Merkel*, München, dtv, 2005.
- Robin MISHRA, „Merkels Mission – Die außenpolitischen Vorstellungen der neuen Kanzlerin“, *Internationale Politik*, 11 (2005), S. 66-72.
- Isela MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET, „Deutsche Europapolitik unter Angela Merkel: Enge Gestaltungsspielräume in Krisenzeiten“, in: DERS. et al (Hg.), *Deutsche Europapolitik – Von Adenauer bis Merkel*, Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften, 2010 (2. Aufl.), S. 253-349.

- Ulrich PFEIL, „Zum Stand der deutsch-französischen Beziehungen“, *ApuZ*, 48 (2016): *Frankreich*, 28.11.2016, S. 34-38.
- Muriel ROUYER, „L'Europe dans la campagne présidentielle française 2007 – Entre euroscepticisme de secours et domaine réservé“, *AFRI*, Bd. IX, 2008, S. 389-405.
- Daniela SCHWARZER, „Deutschland und Frankreich und die Krise im Euro-Raum“, *ApuZ*, 1-3 (2013): *Deutschland und Frankreich*, 31.12.2012, S. 30-36.
- Denis M. TULL, Wolfgang LACHER, „Die Folgen des Libyen-Konflikts für Afrika – Gräben zwischen der AU und dem Westen, Destabilisierung der Sahelzone“, *SWP-Studie*, 2012/S 8.

Zusammenfassung

Nach 14 Jahren an der Macht befindet sich Angela Merkel in der Endphase ihrer Kanzlerschaft. Die Beziehung zu Frankreich ist für jeden Kanzler von zentraler Bedeutung, erst recht in Zeiten von internationalen Krisen und Konflikten. Davon gab es zwischen 2005 und 2020 genug. Wie funktionierte das deutsch-französische Tandem unter Angela Merkel? Welches Bild Frankreichs und der deutsch-französischen Beziehungen liegt ihrer Politik zugrunde? Welche Rolle spielen ihre ostdeutsche Herkunft und ihre Angehörigkeit zur Nachkriegsgeneration? Ziel des vorliegenden Beitrags ist es, diese Fragen anhand ausgewählter Beispiele und auf der Grundlage von öffentlichen Äußerungen der deutschen Kanzlerin zu erörtern.

Résumé

Après 14 ans au pouvoir, Angela Merkel est entrée dans l'ultime phase de son mandat. La relation à la France occupe une place centrale pour chaque chancelier, qui plus est en temps de crises et de conflits internationaux. Ces derniers ne manquèrent pas entre 2005 et 2020. Comment le tandem franco-allemand fonctionna-t-il sous Angela Merkel? Sur quelle image de la France et des relations franco-allemandes sa politique repose-t-elle? Quel rôle revient à son origine est-allemande et à son appartenance à la génération d'après-guerre? Le présent article se propose d'examiner ces questions à partir d'exemples choisis et sur la base de déclarations publiques de la chancelière allemande.

Abstract

After 14 years in office, Angela Merkel is in the final part of her chancellorship. The relationship with France is central to any Chancellor, especially in times of international crisis and conflicts. There was enough of them between 2005 and 2020. How did the German-French tandem work under Angela Merkel? On which image of France and Franco-German relations her policy is based? What role do her East German origins and her affiliation to the post-war generation play? The aim of the present essay is to discuss these questions using selected examples and on the basis of public statements made by the German Chancellor.